

## **Entschließungsantrag**

**der Fraktion der SPD**

**zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin  
zum Europäischen Rat und zum Eurogipfel am 26. Oktober 2011 in Brüssel**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Refinanzierungskrise in einzelnen Staaten der Eurozone spitzt sich dramatisch zu und bedroht zunehmend die Stabilität der Eurozone insgesamt. Zur Lösung dieser Krise bedarf es eines umfassenden und glaubwürdigen Gesamtkonzeptes. Hierzu gehört der Umbau der Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion, ein tragfähiges und nachhaltiges Wachstums- und Konsolidierungsprogramm für Griechenland sowie ein wirksames und konsequentes Lösungspaket zur Regulierung des Banken- und Finanzsektors. Fahrlässig haben die Staats- und Regierungschefs abgewartet und so zur Verschärfung der Krise beigetragen. Die bisherigen Maßnahmen der europäischen Regierungen haben zu keiner dauerhaften Überwindung der Staatsschuldenkrise in Europa geführt. Die Situation konnte jeweils nur vorübergehend beruhigt werden.

Aufgrund der anhaltenden Schuldenkrise hat die Unsicherheit auf den Finanzmärkten seit Sommer 2011 erneut zugenommen. Nachdem die Zinsaufschläge für Griechenland, Irland und Portugal bereits im letzten Jahr anstiegen, kam es Mitte dieses Jahres auch zu spürbaren Aufschlägen für spanische und italienische Anleihen. Bei den Finanzmärkten und bei den europäischen Regierungen hat sich mittlerweile die Einsicht durchgesetzt, dass Griechenland unter den gegebenen Bedingungen seine Schuldentragfähigkeit nicht wiedererlangen kann.

Die Konsolidierung des griechischen Haushaltes ist Grundvoraussetzung für die Zukunftsfähigkeit des Landes. Die Regierung muss Korruption, Steuerhinterziehung und Schattenwirtschaft bekämpfen. Doch die reine Fokussierung auf Schuldenabbau und Strukturreformen führt nicht zum Erfolg. Griechenland steht wieder kurz vor der Zahlungsunfähigkeit. Ohne weitere Unterstützungsmaßnahmen der europäischen und internationalen Partner wird Griechenland die Krise nicht schultern können. Griechenland

benötigt eine klare Wachstumsperspektive, um nicht tiefer in den Strudel von Rezession, steigender Arbeitslosigkeit, sinkenden Steuereinnahmen und wachsendem staatlichen Defizit zu geraten. Strukturreformen erfordern Zeit und sind nicht in wenigen Monaten realisierbar.

Die Konsolidierung der Staatshaushalte kann nur durch einen intelligenten Dreiklang aus mehr Wachstum, Einnahmesteigerungen und Ausgabenkürzungen zugleich gelingen. Wenn Griechenland sich jetzt kaputt spart und weitere Länder mit Refinanzierungsproblemen den gleichen Weg einschlagen, dann verliert auch Deutschland wichtige Absatzmärkte. Deutschland ist der größte Profiteur des gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraumes.

Die Bewältigung der Krise wurde bisher allein den Bürgerinnen und Bürgern durch radikale Einschnitte bei Lebensstandard und öffentlichen Leistungen und den europäischen Steuerzahlern durch die Gewährleistung von Garantien aufgebürdet. Die massiven Proteste in Griechenland und Spanien und jetzt auch in weiteren Mitgliedstaaten der EU sind Ausdruck der ungleichen Verteilung der Folgelasten der Krise.

Die Vertrauenskrise wirkt sich außerdem auf die europäischen Banken aus, die in hohem Umfang Anleihen der Staaten mit Zahlungsschwierigkeiten halten. Ein Zahlungsausfall bei Staatsanleihen belastet die Banken in besonderem Maße, da sie dafür bisher keine Vorsorge treffen mussten. Die aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalvorschriften stufen Staatsanleihen als risikolose Anlagen ein, für die kein Eigenkapital zum Auffangen von Verlusten vorgehalten werden muss. Es besteht somit die Gefahr, dass die Staatsschuldenkrise zu einer Bankenkrise wird. Dies hätte eine Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen für die Wirtschaft zur Folge. Die Konjunktur würde dadurch gedämpft.

Die Rettung von Banken ist ohne deren Regulierung und Kontrolle weder sinnvoll noch vermittelbar. Ein Lösungspaket zur Rekapitalisierung von Banken muss zwingend von einer umfassenden Banken- und Finanzmarktregulierung begleitet werden. Deregulierte Finanzmärkte haben zum Ausbruch der Krise 2007/2008 geführt. Volkswirtschaftlich soll die Finanzwirtschaft der Realwirtschaft dienen, um Investitionen und wirtschaftliches Wachstum zu ermöglichen. Doch durch intransparente und hochspekulative Geschäfte fand eine weitgehende Entkopplung von der Realwirtschaft statt, der entgegengewirkt werden muss.

In dieser labilen Lage ist die deutsche Bundesregierung gefordert, zusammen mit den anderen europäischen Regierungen einer weiteren Verschärfung der Krise durch entschlossenes Handeln entgegen zu treten. Deutschland darf sich als stärkste Volkswirtschaft Europas seiner europäischen Verantwortung nicht entziehen. Es muss sich seinem Gewicht entsprechend an den gemeinsamen Anstrengungen zur Stabilisierung des Euro-Raums und zur Festigung der Europäischen Union beteiligen. Der Europäische Rat am 26. Oktober 2011 muss dazu genutzt werden, um über kurzfristiges Krisenmanagement hinaus die Ursachen der Krise zu bekämpfen. Dieser Europäische Rat ist für die weitere Zukunft des Euros von zentraler Bedeutung: Er muss ein Erfolg werden!

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen,

dass den von der Refinanzierungskrise betroffenen Ländern mit einer wirksamen und nachhaltigen Wachstumsstrategie geholfen wird und dass Griechenland eine

realistische und tragfähige Wachstums- und Konsolidierungsperspektive erhält. Um die Schuldentragfähigkeit Griechenlands wieder herzustellen, wird man um einen Schuldenschnitt nicht umhinkommen. Private Gläubiger müssen dazu einen substanziellen Beitrag leisten. Eine Umschuldung muss durch umfassende Strukturreformen und weitere Unterstützungsmaßnahmen der europäischen und internationalen Partner begleitet werden;

dass eine verpflichtende Rekapitalisierung der europäischen Banken durchgeführt wird, um Verwerfungen auf den Finanzmärkten als Folge des Schuldenschnitts zu vermeiden. Können sich die Banken das Eigenkapital auf dem Finanzmarkt nicht beschaffen, muss eine Zuführung durch die Mitgliedstaaten erfolgen. Dabei müssen die Mitgliedstaaten erforderlichenfalls auf gemeinschaftliche Hilfen zurückgreifen können. Die staatliche Rekapitalisierung darf nicht ohne Gegenleistung erfolgen. Die Mitgliedstaaten müssen sich für das eingebrachte Kapital direkte Kontroll- und Mitwirkungsrechte sichern. Gewinne müssen dem Steuerzahler zugute kommen, bis das zugeführte Kapital zurück geführt wurde;

dass Akteure des Finanzsektors an den Kosten der Krisenbewältigung durch die schnellstmögliche Einführung der von der EU-Kommission im Oktober 2011 vorgeschlagenen Finanztransaktionssteuer beteiligt werden. Sollte eine Durchsetzung in der gesamten Europäischen Union nicht möglich sein, ist die Finanztransaktionssteuer in der Euro-Gruppe oder in einem Zusammenschluss mehrerer Einzelstaaten einzuführen;

dass die Regulierung der Finanzmärkte verschärft wird. Nur diejenigen Finanzprodukte dürfen zugelassen und gehandelt werden, die auch kontrolliert werden können. Die Staaten dürfen durch die Finanzmärkte nie wieder erpressbar sein. Notwendig sind höhere Eigenkapitalquoten der Banken, eine Trennung von Investment- und Commercialbanking, ein geordnetes Insolvenzverfahren für systemrelevante Finanzmarktakteure, das Verbot hochspekulativer Geschäfte und eine verstärkte Transparenz und Aufsicht über Finanzgeschäfte;

dass der dauerhafte europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) vorgezogen wird und zeitnah, möglichst bis spätestens bis Mitte 2012, in Kraft tritt. Als internationale Finanzinstitution mit eigenem Kapital, sinnvollen Instrumenten und parlamentarischer Beteiligung ist er das geeignete Instrument und die notwendige Antwort, wie die Refinanzierungskrise überwunden werden kann. Dieses Signal darf nicht erst im Juni 2013 erfolgen.

dass die unfertige Währungsunion zu einer umfassenden stabilitäts- und wachstumsorientierten Wirtschafts- und Fiskalunion ausgebaut wird. Der Euro kann auf Dauer nur erfolgreich sein, wenn die Mitgliedstaaten neben der Geldpolitik auch ihre Haushalts-, Finanz-, Wirtschafts- und auch Sozialpolitiken eng koordinieren. Erforderlich sind eine stärkere Kontrolle und eine direkte Einflussnahme der Europäischen Union auf die Staatshaushalte der Mitgliedstaaten. Die Währungsunion muss damit tendenziell zu ausgeglichenen Leistungsbilanzen führen: Überschussländer sollen dazu ihre Binnennachfrage insbesondere durch

Lohnsteigerungen stärken und Defizitländer die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Wirtschaft verbessern. Notwendig ist dann eine europäische Wirtschaftsregierung;

dass die Unternehmensbesteuerung durch Einführung einheitlicher Bemessungsgrundlagen und Steuerkorridore stärker koordiniert wird, um die negativen Auswirkungen von unfairem Steuerwettbewerb sowie Steuerhinterziehung zu beschränken;

dass ein europäisches Wachstumsprogramm und eine europäische Förderpolitik zur Wirtschaftsentwicklung geschaffen werden. Die bisherigen Ansätze der Regional- und Strukturpolitik müssen hierzu einen Beitrag leisten. Vorliegende Vorschläge zur Herabsetzung der nationalen Kofinanzierungssätze für angeschlagene Staaten müssen schnellstmöglich verabschiedet und umgesetzt werden, um Wachstumsimpulse zu ermöglichen;

dass mögliche Vertragsänderungen für ein neues Fundament der Wirtschafts- und Währungsunion sich erstens nicht nur an Schuldenabbau und Strukturreformen, sondern vor allem an Wachstumsoptionen orientieren und zweitens eine parlamentarisch kontrollierte und damit demokratisch legitimierte Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitiken vorsehen.

Berlin, den 25. Oktober 2011

**Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion**